

ÖkonomInnen und Ökonomie in der Krise?! Eine diskurs- und netzwerkanalytische Sicht

1. ÖkonomInnen in der Finanzkrise – Zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung	160
<hr/>	
2. Zur Studie	161
<hr/>	
3. Einflussebenen	162
3.1 ÖkonomInnen in den Medien	162
3.2 ÖkonomInnen und ihre Netzwerke	165
3.2.1 Die „Think-Tanker“ in Hamburg	165
3.2.2 Das multiple Netzwerk in Kiel	167
3.2.3 Die „Politiker“-Gruppe in Bonn-Berlin	170
<hr/>	
4. Fazit	173

*Stephan
Pühringer,*

Katrin Hirte

*Wissenschaftliche/r
Mitarbeiter/-in
am Institut für die
Gesamtanalyse der
Wirtschaft (ICAE) an
der Johannes Kepler
Universität Linz*

Auszug aus WISO 1/2014

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Volksgartenstraße 40

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43 (0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@isw-linz.at

Internet: www.isw-linz.at

1. ÖkonomInnen in der Finanzkrise – Zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung

die Ausgangskritik in der Finanzkrise: Die ÖkonomInnen haben versagt

Die bis heute andauernde weltweite Wirtschaftskrise – in Analogie zur „Great Depression“ von 1930 wird auch von der „Great Recession“ gesprochen –, die ihren Anfang in der Finanzkrise 2007/08 nahm, hat zu einer Welle von Kritik an ökonomischen Expertisen geführt. Durch den Umstand, dass der Ausbruch der globalen Wirtschaftskrise zumindest in ihrem dramatischen Ausmaß nur von sehr wenigen ÖkonomInnen vorhergesagt worden war (Tichy 2010) und vielmehr führende ÖkonomInnen über Jahrzehnte für Liberalisierungen öffentlicher Leistungen und „freie Märkte“ generell eingetreten waren, kam es auch innerhalb der Ökonomie zu einer (kurzen) Phase der Selbstreflexion über die Rolle der Ökonomie für die Politik.

ÖkonomInnen in politischen Verstrickungen?

Einerseits wurden einzelne führende ÖkonomInnen für ihre persönlichen und beruflichen Verbindungen zu zentralen AkteurInnen der (Finanz-)Wirtschaft kritisiert, da dies ihre wissenschaftliche Unabhängigkeit in Frage stellt. Die umfangreiche Studie zu solchen Verstrickungen von Epstein/Carrick-Hagenbarth (2010) sowie der Film „Inside Job“ von Ferguson (2010) über die Verbindungen von Bankern, PolitikerInnen und ÖkonomInnen führten daher u. a. zur Verabschiedung von Moralkodizes durch die American Economic Association und ihr deutschsprachiges Pendant, den Verein für Socialpolitik (Mirowski 2013).

Zudem kam es innerhalb der Ökonomie zu einem kurzen „window of opportunity“ für eine fundamentale Neuorientierung ökonomischen Denkens. So konnten etwa der „keynesian moment“ (Krugman 2009) in der globalen Wirtschaftspolitik Ende 2008/Anfang 2009 sowie die Gründung des Institute for New Economic Thinking (INET) durch George Soros als Anzeichen für eine stärkere Bedeutung alternativer ökonomischer Ansätze gesehen werden. Allerdings forcierte man in der EU anders als in den USA nach einer kurzen expansiven Phase schnell Spar- und Austeritätsmaßnahmen, die 2012 zum nächsten wirtschaftlichen Einbruch führten (Krugman 2012).

Andererseits wird von der Mehrheit der ÖkonomInnen die Position vertreten, sie seien WissenschaftlerInnen, welche eine

„positive“ Theorie vertreten, d. h., unabhängig und objektiv die wirtschaftliche Realität analysieren und beschreiben würden. „Describers dominate Economics“ (Callon 2007, 314) heißt das Fazit zu einer entsprechenden Studie (Faulhaber/Baumol 1988).

Diese Diskrepanz zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung sowie der Anlass der Finanzkrise war Ausgangspunkt für eine Studie mit der Fragestellung, ob und welchen Einfluss ÖkonomInnen in der Finanzkrise hatten. Im Rahmen dieses Beitrages werden Ergebnisse vorgestellt und wird anhand einiger Beispiele in der europäischen Krisenpolitik aufgezeigt, wie und auf welchen verschiedenen Ebenen von ÖkonomInnen Einfluss auf Politik genommen wurde bzw. wird und inwieweit sich im Zuge der Krisenpolitik hier Veränderungen ergeben haben. Nach erfolgten Diskurs- und Netzwerkanalysen bezüglich zentraler AkteurInnen wird gezeigt, dass sich über die letzten Jahrzehnte und insbesondere im Zuge der EU-Krisenpolitik zwar die Formen der Einflussnahme von ÖkonomInnen teilweise geändert haben, auf politisch-ideologischer Ebene aber eine große Kontinuität herrscht, was auch eine mögliche Erklärung für die These eines neuen Neoliberalismus in der EU-Krisenpolitik liefert.

*ÖkonomInnen
als unabhängige
AnalystInnen?*

2. Zur Studie

Die vorgenommene Analyse umfasste ein sowohl diskurs- als auch netzwerkanalytisches Herangehen. Innerhalb der Diskursanalyse (Pühringer/Hirte 2014) wurde sowohl der deutschsprachige öffentliche Diskurs (Printmedien wie z. B. Spiegel, FAZ usw.) als auch ein Spezialdiskurs (hier Aufrufe, Appelle, Stellungnahmen) analysiert. Das Textkorpus des öffentlichen Diskurses umfasste ca. 2.000 Artikel aus dem Zeitraum vom 01.07.2008 bis 31.06.2011. Analysiert wurden sowohl die Präsenz einzelner ÖkonomInnen wie auch deren dominante Argumentationsmuster und Sprachbilder. An der kognitiven Metapherntheorie (Lakoff/Johnson 1980) anknüpfend werden dabei konzeptionelle Metaphern als Ausdrucksform menschlichen Denkens verstanden, d. h., sie zeigen, wie ÖkonomInnen über Wirtschaft und insbesondere die Finanzkrise denken.

*Studie zu „Öko-
nomInnen in der
Finanzkrise“*

*öffentlicher
Diskurs: 2.000
Artikel – Prä-
senz- und Meta-
phernanalyse*

Der Spezialdiskurs umfasste 23 öffentliche Stellungnahmen/Aufrufe von ÖkonomInnen aus der Zeit vom 01.07.2008 bis

*Spezialdiskurs:
23 Stellungnahmen/Appelle –
Personen und
Institutionen*

31.06.2012. Die hier gewonnenen Daten (Einzelpersonen, Institutionen, Netzwerke) dienen dann im nächsten Schritt für die Präsenz- sowie Institutionen- und Netzwerkanalysen.

Ausgehend von den Personen und Institutionen wurden in Folge die Netzwerke analysiert, in denen die ÖkonomInnen agieren. Tabelle 1 zeigt dabei, dass es hier um Institutionen auf verschiedenen Einflussebenen ging.

Tabelle 1: ÖkonomInnen in Institutionen auf verschiedenen Einflussebenen

Nr.	Kontext zur Ökonomie	Institutionstyp	Institutionen
1	aktiv beteiligt	politisch legitimierte Institutionen	SVR ¹ , Issing-Arbeitsgruppe, Lenkungsausschuss SoFFin ²
2	beratend, argumentierend, positionierend	wissenschaftliche Institutionen	Universitäten, Wirtschaftsforschungsinstitute
3	argumentierend, positionierend, appellierend	Think-Tanks u. a. Netzwerke	z. B. Kronberger Kreis, INSM ³ u. a.

Quelle: eigene Darstellung.

Eine Analyse nach Standorten zeigt zudem, dass die so gewonnenen geobasierten Netzwerke unterschiedliche Schwerpunktsetzungen bei der Einflussnahme haben. Nachstehend werden einige Ergebnisse der Studie vorgestellt.⁴

3. Einflussebenen

3.1 ÖkonomInnen in den Medien

Der thematische Verlauf des öffentlichen Diskurses in seiner spezifischen Besonderheit wird vor allem deutlich, wenn man ihn mit dem allgemeinen Verlauf vergleicht: Mitte 2008, zu Beginn des analysierten Diskurses, sind die Argumentationen im ökonomischen Diskurs fast synchron mit denen im massenmedialen Diskurs: Die Finanzkrise wird als umfassende und durchschlagende wahrgenommen, welche in den USA ihren Ausgangspunkt gehabt hätte. Auch das „keynesianische Moment“, als Ende 2008 der Ruf nach staatlichen Maßnahmen laut wurde, sowie die Kritik an der fehlenden Voraussagekraft der ÖkonomInnen ist

Ende 2008/Anfang 2009 in beiden Diskursen zu finden, in dem der ÖkonomInnen daher als (auch teils harsche) Selbstkritik.⁵ Aber schon ab Ende 2008 weicht der Diskurs der ÖkonomInnen von dem des allgemeinen Diskurses deutlich ab: Während seitens der ÖkonomInnen eine Schuldzuweisung an den Staat erfolgte, als die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf Rekordhoch stand und trotz Konjunkturpaketen kein Ende der Krise in Sicht war, ist im massenmedialen Diskurs diese einseitige Schuldzuweisung weniger vertreten. Im Umkehrschluss heißt das, dass der schwerste Konjunktur einbruch der Nachkriegszeit für die Mehrheit der dominanten ÖkonomInnen im öffentlichen Diskurs keine hinreichende Begründung lieferte, das Bild des schlecht wirtschaftenden Staates zu revidieren.

Schuldzuweisungen seitens der ÖkonomInnen nach kurzer Phase der Selbstkritik

Ebenso wurden im allgemeinen Diskurs (hier z. B. im Spiegel) stärker und länger als im ökonomischen Diskurs grundsätzliche Fragen zur wirtschaftspolitischen und gesellschaftlichen Ausrichtung gestellt, insbesondere zu Beginn 2009.⁶ Zu diesem Zeitpunkt bewegte sich der ÖkonomInnendiskurs allgemein schon im Selbststolz zu Deutschland als „Wachstumslokomotive Europas“. Ende 2009 schlug die Schuldfrage wieder um: Nun hieß es, man habe „... über die Verhältnisse gelebt ...“ und es wurden „... harte Einschnitte ...“ öffentlicher Ausgaben gefordert. Ein nochmaliges Umschlagen des Diskurses bezüglich Schuldzuweisungen erfolgte dann mit der Diskussion über den ESM-Rettungsschirm: Nun sollen vor allem „sündige Griechen“, „abgebrannte Italiener“ und „fröhliche Portugiesen“ über ihre Verhältnisse gelebt haben und es wurde ein Stopp der Rettungsmaßnahmen bzw. vereinzelt sogar ein Ausstieg aus der EU gefordert.

In der gesamten Debatte wurde der Zusammenhang von wirtschaftspolitischen Konzepten und dem Gebrauch von bestimmten Metaphern deutlich. In den Quartalen, wo die ÖkonomInnen sich zu Ereignissen äußerten, welche sie weder voraussahen noch als geregeltes Vorgehen einordnen konnten, wurden Metaphern aus dem Bereich Natur, Krankheit und – da die Verursachung als eine von außen (USA) interpretiert wurde – auch aus dem Bereich Militär verwendet. So war in dieser Zeit von einem „... ökonomischen Tsunami ...“, von „verstopften Arterien ...“, vom „... Infarkt ...“, dem kranken „... Patient Deutschland ...“ usw. die Rede.

unvorhergesehene Ereignisse werden mit Krankheitsmetaphern belegt oder mit Naturkatastrophen bzw. militärischen Ereignissen verglichen

bei konzertierten Ereignissen werden Mechanismus-Metaphern benutzt

In der Zeit, als sich die ÖkonomInnen zu konzertierten Ereignissen äußerten (Bankenrettungsprogramme, Schuldenprogramme), wurden dafür neben Krankheitsmetaphern ebenso Mechanismus-Metaphern benutzt, wenn es z. B. hieß, dass der „... Schmierstoff ...“ fehle oder der „... Motor ins Stocken ...“ gerate.

das grundsätzliche Bild: sich selbst regelnde Märkte

Gleichzeitig wurde die Krise und auch die „einmalige“ Krisenpolitik zur Ausnahmesituation erklärt (Pühringer/Hirte 2014), was darauf schließen lässt, dass das dominante paradigmatische Verständnis der ÖkonomInnen weiterhin von einer „funktionierenden“, „gesunden“ Ökonomie und von sich selbst regulierenden Märkten ausgeht.

die TOP 15 Ökonomen im öffentlichen Diskurs

Tabelle 2: Präsenz der 15 führenden Ökonomen im massenmedialen Krisen-Diskurs von Sommer 2008 bis Frühling 2011

Rang	Name	relative Häufigkeit
1	Axel Weber	6,19%
2	Hans-Werner Sinn	5,78%
3	Peter Bofinger	2,84%
4	Norbert Walter	1,98%
5	Otmar Issing	1,93%
6	Klaus F. Zimmermann	1,88%
7	Bert Rürup	1,83%
8	Jens Weidmann	1,72%
9	Thomas Mayer	1,67%
10	Jörg Asmussen	1,67%
11	Max Otte	1,57%
12	Jochen Sanio	1,57%
12	Gustav Horn	1,32%
14	Stephan Schulmeister	1,27%
15	Jürgen Stark	1,21%

Quelle: eigene Erhebungen.

261 ÖkonomInnen in der öffentlichen Debatte

Analysiert man die Präsenz der ÖkonomInnen in den Printmedien, kommt man zu folgendem Ergebnis: Insgesamt waren 261 ÖkonomInnen im untersuchten Diskurs mehrfach vertreten.

Tabelle 2 zeigt die ersten 15 Ökonomen mit der relativen Häufigkeiten ihrer Nennungen.

3.2 ÖkonomInnen und ihre Netzwerke

Verortet man die Akteure, die sowohl in den Diskursen als auch den Netzwerken vertreten sind, ist auffällig, dass sich diese letztlich um ökonomische universitäre Ausbildungsorte ranken und somit eine Verknüpfung zwischen Netzwerken und „Schulen“ klar erkennbar ist, was nachstehend anhand der Beispiele Hamburg, Kiel und Bonn/Berlin gezeigt wird: Das erste Netzwerk agiert stark mit Think-Tanks im medialen Bereich, das zweite ist stark sowohl mit Think-Tanks als auch dem Bankenbereich verwoben und das dritte direkt in die zentralen politischen Strukturen involviert.

die Netzwerke sind geobasiert und spezialisiert

3.2.1 Die „Think-Tanker“ in Hamburg

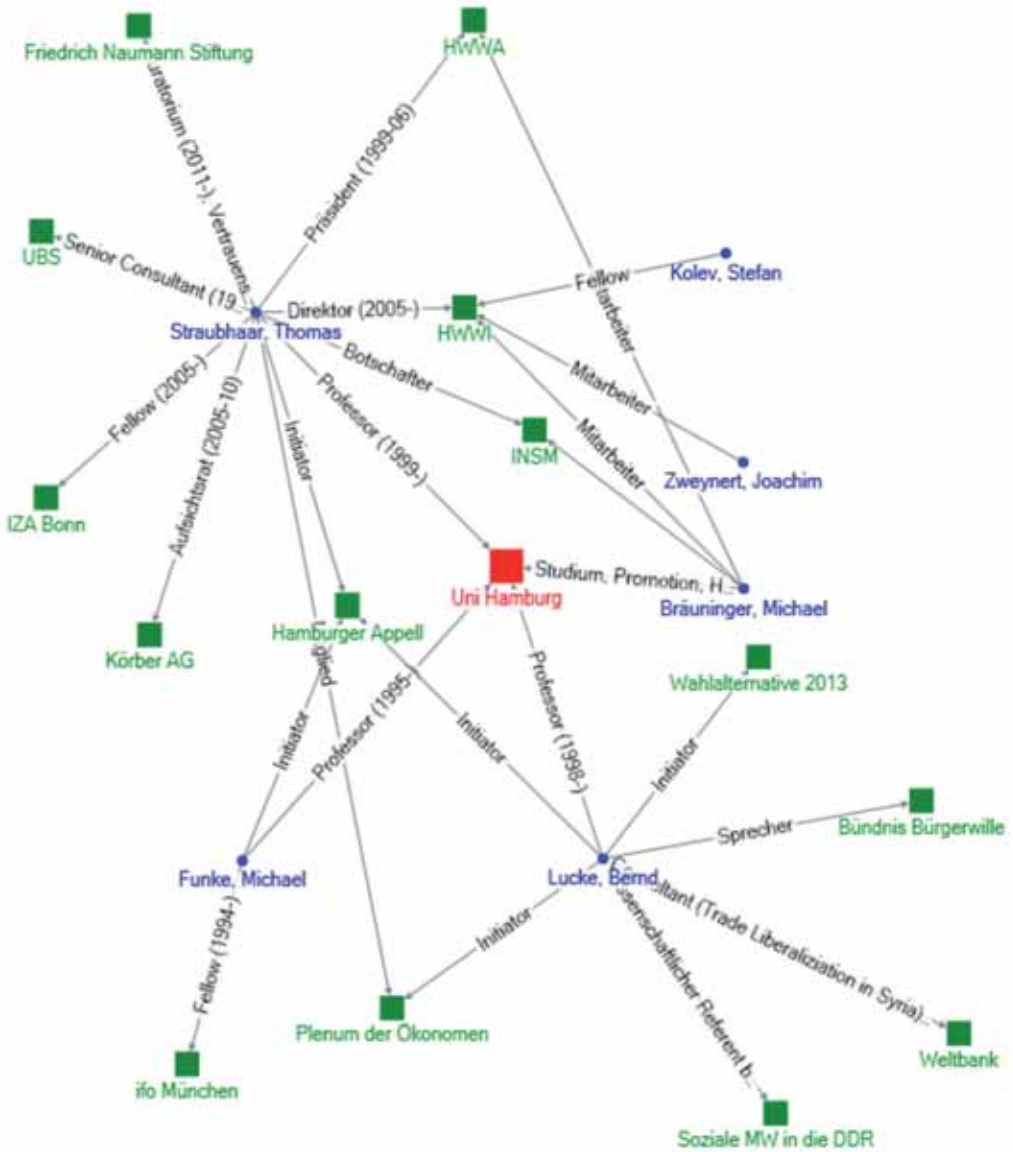
Die Hamburger Gruppe besteht aus Thomas Straubhaar, Bernd Lucke und Michael Funke, die zusammen 2005 den so genannten Hamburger Appell initiiert haben, einen Aufruf von ÖkonomInnen unter der Überschrift „250 ÖkonomInnen – 10 Thesen – eine Meinung“, der im Vorfeld der deutschen Bundestagswahl auch medial vermarktet wurde. Wirtschaftspolitisch wird im Hamburger Appell ein klar neoliberaler Kurs vertreten, d. h., vor Staatsverschuldung, hohen Arbeitskosten, fehlendem Wachstum, zu hohen Löhnen und „gestörten Märkten“ gewarnt und es werden ein harter Sparkurs bei öffentlichen Ausgaben sowie Einschnitte in die Sozialsysteme gefordert.

die Think-Tanker in Hamburg – vom Hamburger Appell ...

Betrachtet man, wie zwei der drei zentralen Akteure in dieser Konstellation vernetzt sind, werden die Verbindungen sowohl in die Wirtschaft als auch zu anderen Think-Tanks sichtbar. So war z. B. Thomas Straubhaar 1992–1999 Externer Senior Consultant der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Schweizerischen Bankgesellschaft (UBS), 2005–2010 Mitglied des Aufsichtsrates der Körber AG und ist seit 2001 Mitglied des Kuratoriums der HASPA Finanzholding. Ebenso ist er seit 2004 Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und seit 2011 Mitglied im Kuratorium der Friedrich Naumann Stiftung (Hamburger Welt-Wirtschaftsinstitut 2012).

... über die INSM ...

Abbildung 1: Das „Think-Tanker“-Netzwerk von ÖkonomInnen in Hamburg



Quelle: eigene Erhebungen.

... bis zur Alternative für Deutschland

Bernd Lucke war 2004 Berater der Weltbank (Universität Hamburg 2012). Außerdem ist er Initiator des Plenums der Ökonomen, Initiator der „Wahlalternative 2013“, die später in

der Partei „Alternative für Deutschland“ mündete, und Sprecher im Verein „Bündnis Bürgerwille“. Hier ist besonders das Engagement in Richtung „Bürgerbewegte“ auffällig, d. h., im Namen der (einfachen) BürgerInnen engagieren sich neue Initiativen, Organisationen, Think-Tanks, wobei in der eigenen Beschreibung und meist auch im Titel mit dem Begriff „Bürger“ operiert wird, während sich hinter den Engagierenden Etablierte aus der Mittelschicht bzw. auch Oberschicht bzw. obersten Schicht befanden bzw. befinden. Markantes Beispiel dafür ist der „Bürgerkonvent“, dessen Anschubfinanzierung dem Milliardär Baron August von Finck jr. zugeschrieben wird. Daher werden diese „Bürgerbewegten“ auch als „Etabliertenprotest“ (Wagner 2012) bezeichnet.

3.2.2 Das multiple Netzwerk in Kiel

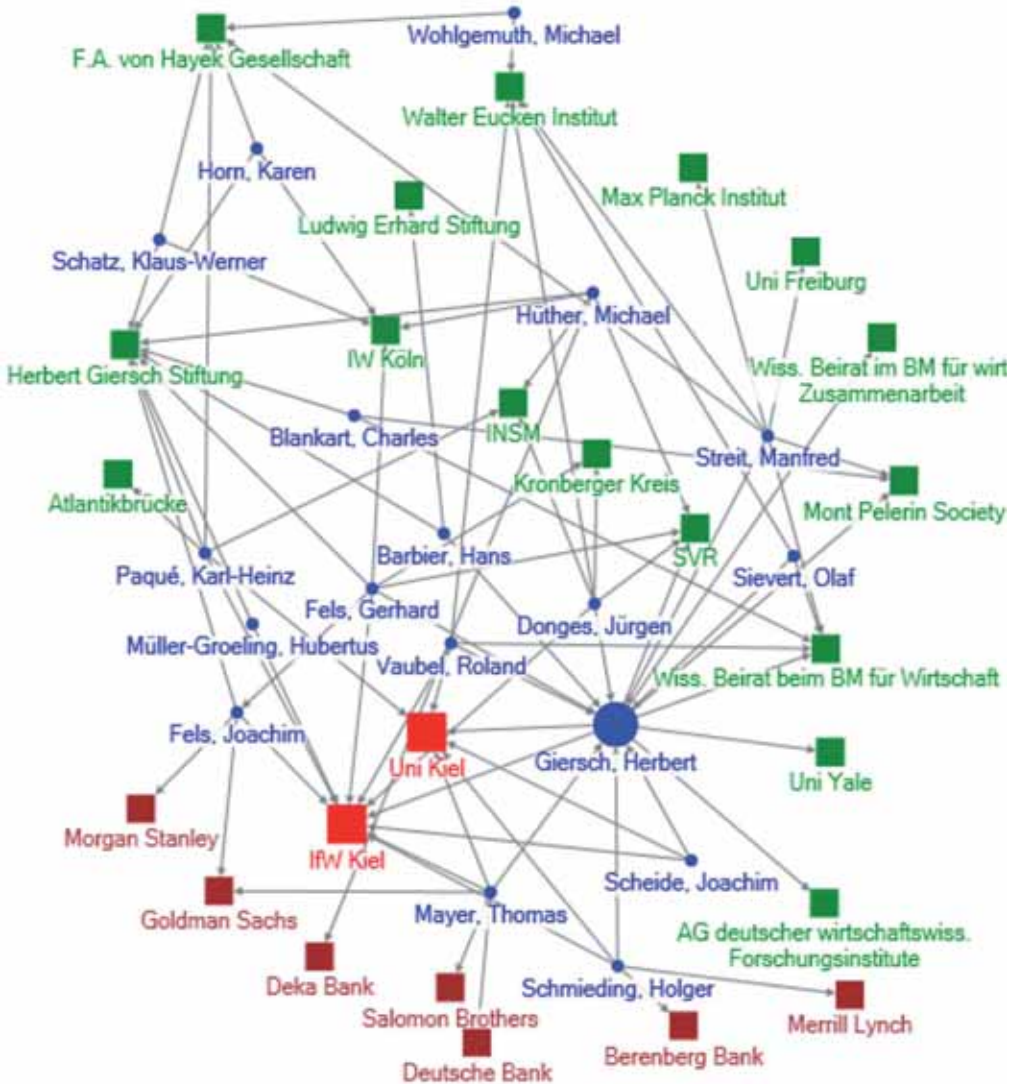
In Kiel hat sich hingegen im Lauf der letzten Jahrzehnte ein Netzwerk aufgebaut, welches sich letztlich um Herbert Giersch als akademischen Lehrer gruppiert. Dabei lässt sich dieses in zwei große Gruppen unterteilen, deren AkteurInnen neben ihrer wissenschaftlichen Verankerung einerseits als ChefökonomInnen im internationalen Bankensektor agieren (z. B. Thomas Mayer, Holger Schmieding, Joachim Fels), andererseits im bedeutenden neo- bzw. ordo-liberalen Think-Tank-Bereich verankert sind, wie der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung, dem Walter Eucken Institut, der INSM, dem Kronberger Kreis u. a. (z. B. Manfred Streit, Roland Vaubel, Karl Heinz Paqué, Jürgen Donges).

*das multiple
Netzwerk in Kiel:
Banken, Wissen-
schaft und Think-
Tanks*

Das multiple Netzwerk Kiel agiert – wie schon mit der Namensgebung angedeutet – auf allen Ebenen: Universitäten, Wirtschaftsforschungsinstitute, Wirtschaft (hier vor allem Banken), im Think-Tank-Bereich und in der Politik (z. B. im SVR oder in wissenschaftlichen Beiräten von Ministerien).

Dies wird auch in der jüngeren Generation fortgesetzt. Lars Feld z. B. ist Vorsitzender des SVR und Sprecher im Kronberger Kreis. Letzterer ist der wissenschaftliche Beirat der 1982 gegründeten Stiftung Marktwirtschaft. Er versteht sich als „... Think-Tank ...“ „... markt-liberaler ÖkonomInnen ...“ (Stiftung Marktwirtschaft 2012a). Die ersten Worte auf der Homepage des Kronberger Kreises lauten: „... Mehr Mut zum Markt ... lautet die Devise“ (Stiftung Marktwirtschaft 2012b).

Abbildung 2: Das multiple Netzwerk von ÖkonomInnen in Kiel



Quelle: eigene Erhebungen.

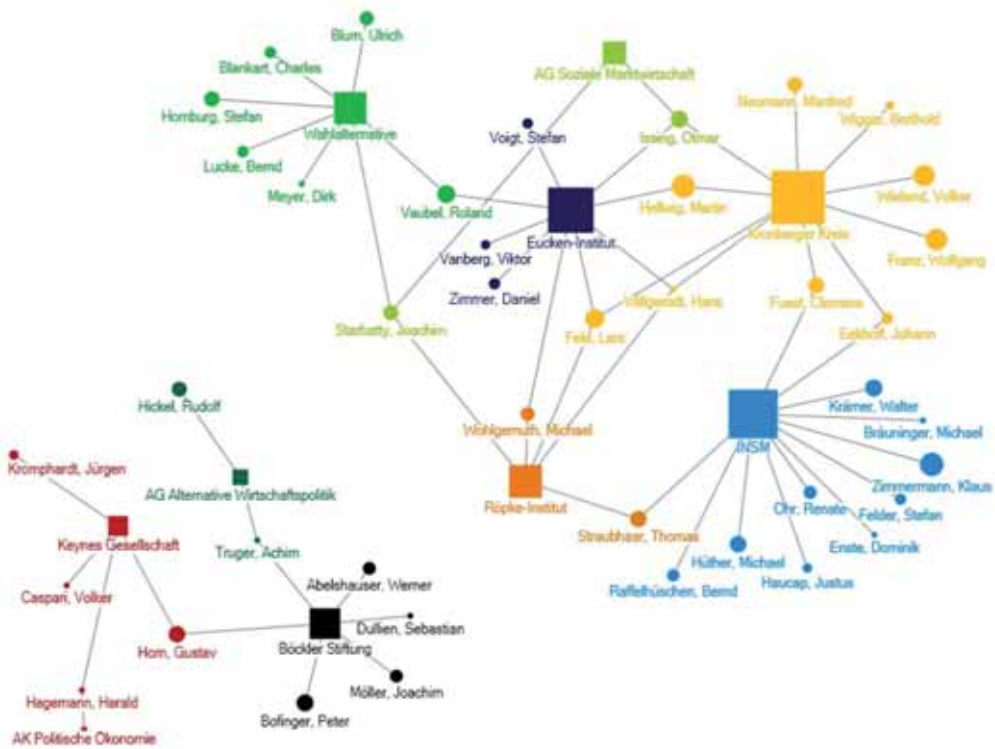
Ein weiterer zentraler Think-Tank ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Die INSM entstand nach einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach 1999, aus der hervorging, dass die Befragten mit „Sozialer Marktwirtschaft“ in erster Linie soziale Absicherung verbanden. Gleichzeitig waren die

Befragten unzufrieden mit dieser, denn auf die Frage „Haben die Deutschen eine gute Meinung von der Marktwirtschaft?“ hatten gerade einmal 22 Prozent im Osten und nur 44 Prozent im Westen mit „Ja“ geantwortet (Hamann 2005). Darüber hinaus wurde sogar mehrheitlich für einen so genannten „Dritten Weg“ plädiert (Meier/Wodok 2000, 26). Daraufhin gründeten Arbeitgeberverbände die INSM mit dem Ziel, hier langfristig ein Umdenken zu erreichen. Statt des Arbeitnehmerinteresses der sozialen Absicherung wurden im Namen des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft arbeitgeberfreundliche Maßnahmen propagiert wie z. B. Abbau von „... Lohnzusatzkosten ...“, „... Reduzierung von Steuern und Abgaben ...“ für Unternehmen, Abbau von „... Bürokratie und Genehmigungsverfahren ...“, eine „... angebotsorientierte Umweltpolitik ...“ usw. (INSM 2012). Eine „...Lobbyarbeit für Arbeitgeberverbände ...“ wird ausdrücklich verneint, obwohl die INSM von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert wird; 2012 mit einem Jahresetat von 6,97 Millionen Euro (INSM 2012). Die wissenschaftliche Arbeit für die INSM erfolgt durch das Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (IW). Die Multiplikatorenwirkung wird über so genannte „... Botschafter ...“ erreicht, die gleichzeitig „... Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ...“ sind (INSM 2012). Von den derzeit insgesamt 25 BotschafterInnen sind neun Ökonomie-ProfessorInnen, wobei auch untereinander viele Vernetzungen existieren. So war z. B. Jürgen Donges ebenso 1992–2002 Mitglied im SVR und dort 2000–2002 Vorsitzender, 1990–2011 Mitglied im Kronberger Kreis und im wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Marktwirtschaft (Stiftung Marktwirtschaft 2012c).

Betrachtet man die wichtigsten Think-Tanks im Zusammenhang (einschließlich der oben schon angeführten „bürgerbewegten“ Wahlalternative Deutschland), erhält man untenstehendes Netzwerk von deutschsprachigen ÖkonomInnen in wirtschafts-politischen Think-Tanks.

*„Ökonomische“
Think-Tanks in
Deutschland*

Abbildung 3: ÖkonomInnen in wirtschaftspolitischen Think-Tanks in Deutschland



Quelle: eigene Erhebungen.

3.2.3 Die „Politiker“-Gruppe in Bonn-Berlin

Das Bonn-Berliner Netzwerk besteht im Kern aus den Personen Axel Weber, Jörg Asmussen und Jens Weidmann. Letztere beide haben bei Weber in Bonn studiert bzw. promoviert. Zusammen waren diese drei (Axel Weber nur beratend) auch im Lenkungsausschuss des SoFFins (Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung). Dieser in einer „... Nacht-und-Nebel-Aktion ...“ gegründete SoFFin war „... die deutsche Antwort ...“ auf drohende Bankenpleiten (Lebert/Tartler 2009). Das „Finanzmarktstabilisierungsgesetz“ dazu wurde im Eilverfahren durch das Parlament gebracht und am 17. Oktober 2008 verabschiedet. Der SoFFin, beauftragt mit der Rettung von Banken, startete mit 470 Milliarden Euro – in dieser Höhe kann er deutschen Finanzhäusern Kredite in Höhe von 70 Milliarden Euro sowie 400 Milliarden Euro an Garantien

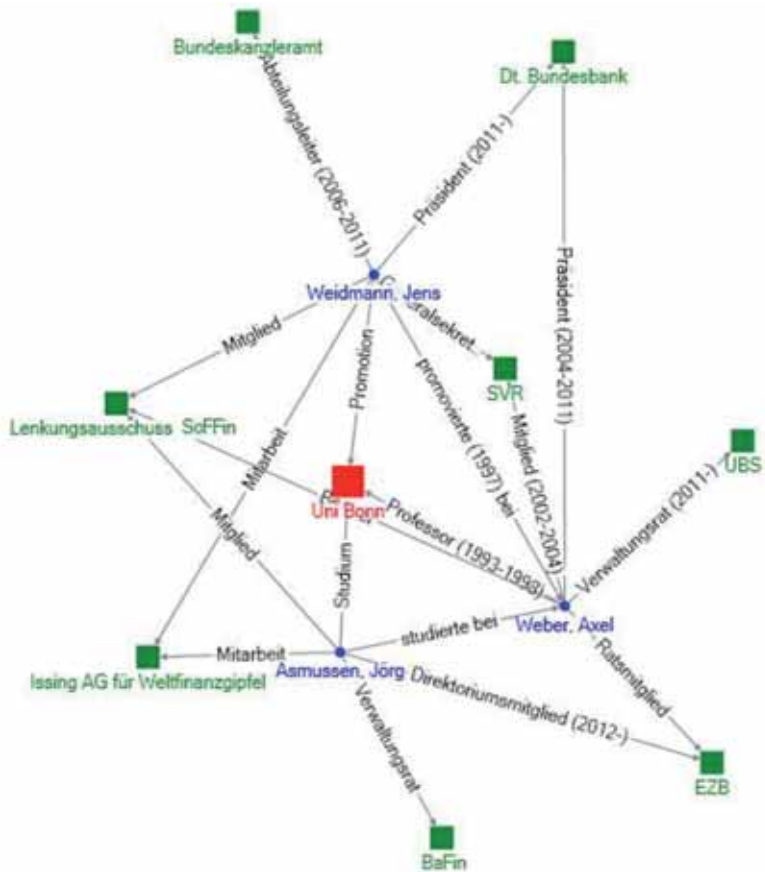
zur Verfügung stellen (Greive/Kammholz 2013) – und wird von einem Lenkungsausschuss geleitet, d. h., dort finden die wesentlichen Entscheidungen statt und in ihm waren alle drei oben genannten Ökonomen vertreten.

das „Dreier-Gespann in Bonn/Berlin“

Insgesamt ist bei allen drei Personen die starke Vernetzung zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zu erkennen: Axel Weber war 1994–1998 Professor für Wirtschaftstheorie in Bonn, 1998–2001 Professor an der Universität Frankfurt am Main und 2001–2004 Professor in Köln. 2004 und 2011 war er Präsident der Deutschen Bundesbank. Ab 2011 ist er Verwaltungsrat der Union Bank of Switzerland. Ebenso ist er Mitglied des Rates der Europäischen Zentralbank und Verwaltungsratsmitglied der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Union Bank of Switzerland 2012). 2011 war Weber als EZB-Chefökonom im Gespräch, aufgrund seiner öffentlichen Ablehnung des Staatsanleihen-Kaufs durch die EZB wurde Weber zugunsten von Draghi abgelehnt (Neller 2010).

Jörg Asmussen wurde 2009 Nachfolger von Axel Nawarath im SoFFin (Handelszeitung 2009). Diesem folgte er ins Finanzministerium 2003, als er dort Abteilungsleiter für Nationale und Internationale Finanzmarkt- und Währungspolitik wurde, während Nawarath Chief Policy and Communication Officer der Gruppe Deutsche Börse wurde (Politikszene 2003: 1). Asmussen, lt. Tagesschau als „Graue Eminenz“ von Peer Steinbrück bezeichnet, hatte als ehemaliger Student von Axel Weber später dessen Ernennung zum Präsidenten der Bundesbank als auch zum Mitglied im SVR mitbewirkt. Da Asmussen ehemaliger Manager bei der Hypo Real Estate war (Tillack 2009) sowie bei der IKB im Aufsichtsrat saß und dort mitverantwortlich war für die „Schrottpapiere“ in einer Höhe von mehreren Milliarden Euro – Papiere, die er vor Jahren selbst noch beworben hatte –, wurde seine Tätigkeit im SoFFin kritisch kommentiert.⁷ Ebenso hatte er „... aus der Sicht des Bundesfinanzministeriums ...“ die Verbriefungen propagiert (Asmussen 2006), welche später zur Finanzkrise beitrugen.

Abbildung 4: Das „Politiker“-Netzwerk von ÖkonomInnen in Bonn/Berlin



Quelle: eigene Erhebungen.

Zudem ist Asmussen im Verwaltungsrat der Bankenaufsichtsbehörde (BaFin), die von Jochen Sanio geleitet wird. Von Jänner 2012 bis Dezember 2013 war Asmussen auch Mitglied im Direktorium der Europäischen Zentralbank. Seine Tätigkeit im SoFFin wurde auch deshalb diskutiert, weil er mit der Leiterin der Berliner Repräsentanz der Deutsche Börse AG liiert ist. Dazu hieß es, dass er diesen „potenziellen Interessenkonflikt“ auch selbst angezeigt habe. Ein potenzieller Interessenkonflikt besteht auch mit seinen Funktionen als Mitglied der Expertengruppe zur neuen Finanzmarktarchitektur (Issing-Arbeitsgruppe) sowie als Mitglied der Börsensachverständigenkommission (Peucker

2009). Anfang 2014 wurde Asmussen dann Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Berger 2013).

Jens Weidmann, ebenfalls „Schüler“ von Axel Weber,⁸ war erst beim SVR tätig. 2003 bis 2006 war er Leiter der Abteilung für Geldpolitik in der Bundesbank, ab 2006 Abteilungsleiter im Kanzleramt und Chefunterhändler für G-8- und G-20-Verhandlungen. 2011 wurde er Webers Nachfolger als Präsident der Bundesbank (Hulverscheidt 2011).

Zusammenfassend ist also hier deutlich zu erkennen, dass in Bonn-Berlin Akteure vernetzt sind, die sehr aktiv in der Politik tätig sind, selbst teils aus staatlichen Strukturen kommen (Ministerien), gleichzeitig die Politik beraten (SVR) und in der Wirtschaft agieren (Bankensektor). Diese enge Vernetzung wird besonders drastisch auch in der Selbstwahrnehmung ihrer politischen Bedeutung offensichtlich. So bezeichnete Asmussen bei einer Pressekonferenz zu Bankenrettungen 2009 sich und Weidmann als „Kern der Regierung“ (Asmussen zit. im Spiegel 17/2009: 68).

„... Kern der
Regierung ...“

4. Fazit

Wie die oben thematisierten Ergebnisse zeigen, wird hier deutlich, dass gerade in der europäischen Krisenpolitik neoliberale, marktfreundliche Konzepte weiterhin eine dominante Rolle spielen⁹ und ebenso entsprechende Strukturen existieren.

*Dominanz neo-
liberaler, markt-
freundlicher
Konzepte und
Strukturen*

So wurde etwa in der Debatte um wirtschaftspolitische Reaktionen auf die Krise letztere zumindest im öffentlichen Diskurs schnell auf eine „Staatsschuldenkrise“ oder „Eurokrise“ reduziert¹⁰, wobei dabei wissentlich verschwiegen wird, dass die Wurzel der steigenden Staatsdefizite in den Konjunktur- und Bankenrettungsprogrammen liegt (Mathieu/Sterdyniak 2010). Diese wiederum sind als unmittelbare Reaktion auf die Finanzkrise zu verstehen und haben zur Abmilderung der direkten Konsequenzen der Krise für die europäische Wirtschaft beigetragen.

Betrachtet man wiederum die Debatte über die Zukunft des Euro bzw. die zukünftigen wirtschaftspolitischen Herausforderungen der EU, lag der Fokus oftmals auf „moralischen Verfehlungen“ südeuropäischer „Schuldenstaaten“. Diese Einsicht spiegelt sich

*massive
Einschnitte in
wohlfahrtsstaat-
liche Systeme*

etwa in der Einschätzung wieder, die die deutsche Kanzlerin Merkel schon im Winter 2008 geäußert hatte: „Man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben. Das ist der Kern der Krise“ (Merkel zit. im Spiegel-Online vom 1.12.2008). Eine solche kausale Umkehr von Ursache und Auswirkungen der Krise, die sich maßgeblich auf wirtschaftspolitische Empfehlungen des wirtschaftswissenschaftlichen Mainstreams stützt (Horn 2011), bereitete dann wiederum den Boden für die Austeritätsmaßnahmen, die seit 2010 vor allem für die südeuropäischen Staaten massive Einschnitte in deren wohlfahrtsstaatliche Systeme bedeuteten (vgl. Schulmeister 2012, Busch et al. 2012). Cangiani (2013) beschreibt in diesem Zusammenhang die EU-Krisenpolitik für südeuropäische Staaten als neoliberale „technostructure“, die die Selbstbestimmungsrechte der BürgerInnen unterminiert, und auch Busch et al. (2012) sehen in der Austeritätspolitik eine wachsende Gefahr für das gesamte europäische Sozialmodell.

Die zentrale Rolle, die ÖkonomInnen in diesem Umdeutungsprozess gespielt haben, wurde im Rahmen dieser Studie vor allem in der Darstellung des Bonner Zirkels offensichtlich. Nicht nur, dass es in einem wirtschaftspolitisch bedeutsamen Zeitraum zu einer enormen Machtkonzentration auf wenige Experten kam; Asmussen selbst bezeichnete sich und Weidmann, trotz Mangel an jeglicher demokratischer Legitimation, schlichtweg als „Kern der Regierung“ (siehe oben).

enge Verflechtung von politischen EntscheidungsträgerInnen und neoliberalen ÖkonomInnen

Die enge Verflechtung aus politischen EntscheidungsträgerInnen und neoliberalen ÖkonomInnen des wirtschaftswissenschaftlichen Mainstreams ist in dieser Hinsicht als eine der Hauptursachen des (Wieder-)Erstarkens neoliberaler Konzepte in der EU-Krisenpolitik zu sehen.

Anmerkungen

Die Studie, die Basis dieses Beitrags ist, wurde im Rahmen eines durch den OeNB Jubiläumsfonds geförderten Projektes (Nr. 14085) ermöglicht.

1. ... Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, auch als „Rat der 5 Wirtschaftsweisen“ bekannt.
2. ... Der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) wurde im Oktober 2008 zur Rettung von in Finanznot geratenen Banken gegründet.
3. Mehr zu beiden Think-Tanks in Kapitel 3.2.2.
4. Zu den Ergebnissen ausführlich siehe in: Hirte (2013).
5. So heißt es z. B. von Friedrich Schneider, Ökonom an der Universität Linz und ehemaliger Vorsitzender des Vereins für Socialpolitik, in der FAZ vom 20.01.2009: „Mathematische Modelle versuchen, komplexe Sachverhalte zu

erfassen. Sie sind dabei sehr reduziert und vereinfachen stark, da gehen viele Dinge verloren.“ Es bestehe die Gefahr einer Verengung, sagt Schneider, denn viele Modelle behandeln nur noch winzige Ausschnitte und Aspekte, das große Ganze wird nicht mehr erfasst, Systemfragen nicht mehr gestellt. „Mit anderen Worten“, so deutet Schneider an: „Viele moderne Ökonomen sehen den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr –, so wie sie den jetzigen großen Crash nicht vorhergesehen haben.“

6. Das zeigt sich etwa durch Schlagzeilen wie: „Wirtschaftsweiser fordert Verstaatlichung der Ratingagenturen“ (Spiegel vom 31.03.2009); „Süchtig nach Wachstum. Nach dem Krieg war die Planwirtschaft so populär wie nie“ (Spiegel vom 31.03.2009). In der FAZ bewegte man sich zeitgleich hier auf der wirtschaftspolitischen Entscheidungsebene, z. B. mit der Frage „Sind wir jetzt alle Keynesianer?“ (FAZ vom 15.02.2009).
7. „Im Parlament heißt es: Der Brandstifter spielt jetzt Feuerwehr.“ (Tagesschau 2009)
8. Sowie von Manfred Neumann, bei dem er promovierte (Süddeutsche Zeitung 2012).
9. Siehe hierzu auch in: Crouch (2011) oder Thomasberger (2013).
10. Siehe auch in z. B. Neubäumer (2011).

Literatur

- Asmussen, J.: Verbriefung aus Sicht des Bundesfinanzministeriums. In: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, vol. 59/2006, S. 1016–1018.
- Berger, J.: SPD macht Asmussen zum Staatssekretär – Politischer Offenbarungseid zur Freude der Banken-Lobby. Nachdenkseiten vom 16.12.2013. In: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=19670#more-19670> (dl: 12.1.14).
- Busch, K.; Hermann, C.; Hinrichs, K.; Schulten, T.: Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell. Wie die Krisenpolitik in Südeuropa die soziale Dimension der EU bedroht. Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin 2012.
- Callon, M.: What Does It Mean to Say Economics Is Performative? In: Mac Kenzie, Donald; Muniesa, Fabian; Siu, Lucia (Hg.): Do Economists Make Markets? On the Performativity of Economics. Princeton 2007, S. 311–357.
- Cangiani, M.: Beyond Neo-Liberalism. Suggestions from post Keynesian and Institutional Economics. Paper für die 1st World Keynes Conference, Juni 2013 in Izmir. URL: <http://ekolider.ieu.edu.tr/keynes/files/papers.pdf> (dl: 12.1.14).
- Crouch, C.: The strange non-death of neoliberalism. Cambridge 2011.
- Epstein, G.; Carrick-Hagenbarth, J.: Financial Economists, Financial Interests and Dark Corners of the Meltdown: It's Time to Set Ethical Standards for the Economics Profession. Working Papers Series No 239, Massachusetts 2010.
- Faulhaber, G.; Baumol, W. T.: Economists as Innovators: Practical Products of Theoretical Research. In: Journal of Economic Literature, Vol. 26, No. 2/1988, S. 577–600.
- Ferguson, C.: Inside Job. Dokumentarfilm 2010. <http://www.sonyclassics.com/insidejob/> (dl: 12.1.14).
- Greive, M.; Kammholz, K.: 100 Millionen für externe Rettungsfonds-Berater. In: Die Welt vom 06.03.2013. <http://www.welt.de/politik/deutschland/article114159740/100-Millionen-fuer-externe-Rettungsfonds-Berater.html> (dl: 20.11.2012).
- Hamburger WeltWirtschaftsinstitut: CV Straubhaar. In: <http://www.hwwi.org/pdf/ueber-uns/team/forscher/54/cv.html> (dl: Stand 14.12.2012).
- Handelszeitung: Asmussen wird neuer Chef des SoFFin-Lenkungsausschusses. In: Handelszeitung vom 22.01.2009. <http://www.handelszeitung.ch/unternehmen/presseasmussen-wird-neuer-chef-des-soffin-lenkungsausschusses>

- schusses (dl: 22.12.2012).
- Hirte, K.: ÖkonomInnen in der Finanzkrise: Diskurse. Netzwerke. Initiativen. Marburg 2013.
- Horn, G. A.: Des Reichtums fette Beute – Wie die Ungleichheit unser Land ruiniert. Frankfurt/New York 2011.
- Hulverscheidt, C.: Weidmann – ein Mann für alle Fälle. In: Süddeutsche Zeitung vom 15.02.2011. <http://www.sueddeutsche.de/geld/bundesbank-nachfolge-von-axel-weber-ein-mann-fuer-alle-faeelle-1.1060686> (dl: 20.10.2012).
- INSM: Über uns. In: <http://www.insm.de/insm/ueber-die-insm/FAQ.html> (Stand 03.12.2010).
- Krugman, P.: The Keynesian moment. In: New York Times Magazine vom 29.11.2008. In: <http://krugman.blogs.nytimes.com/2008/11/29/the-keynesian-moment/> (dl: 20.11.2012).
- Krugman, P.: Wir sparen uns zu Tode, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 6/2012, S. 45–54.
- Lakoff, G.; Johnson, M.: Metaphors we live by. Chicago 1980.
- Lebert, R.; Tartler, J.: Happy Birthday, SoFFin. In: Financial Times vom 15.10.2009. <http://www.ftd.de/unternehmen/finanzdienstleister/agenda-happy-birthday-soffin/50023546.html?page=2> (dl: 06.07.2013).
- Mathieu, C.; Sterdyniak, H.: European Debt Crisis and Fiscal Exit Strategies. OFCE working paper, No. 11/2010.
- Meier, B.; Wodok, A.: Gesellschaft im Zwiespalt: Marktwirtschaft und Unternehmer im Spiegel der öffentlichen Meinung. Hg.: Institut der Deutschen Wirtschaft Köln. Essen 2000.
- Mirowski, P.: Never Let a Serious Crisis Go to Waste. How Neoliberalism Survived the Financial Meltdown. London/New York 2013.
- Neller, M.; Kurm-Engels, M.: Der Stressmacher. In: Der Tagesspiegel vom 24.07.2010. <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/axel-weber-der-stressmacher/1889700.html> (dl: 06.12.2012).
- Neubäumer, R.: Eurokrise: Keine Staatsschuldenkrise, sondern Folge der Finanzkrise. Wirtschaftsdienst 12/2011, S. 827–833.
- Peucker, H.: Jörg Asmussen. Privat mit der Börse verbunden. In: Manager-Magazin vom 13.06.2009. <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/karriere/0,2828,630322,00.html> (dl: 22.12.2012).
- Politikszene: Asmussen beerbt Nawrath. In: Politikszene 13 vom 06.02.2003. Berlin 2003.
- Pühringer, S.; Hirte, K.: The financial crisis as a heart attack. Discourse profiles of economists in the financial crisis. In: Journal of Language and Politics (forthcoming).
- Schulmeister, S.: Ein New Deal für Europa – Überwindung der großen Krise und Erneuerung des Europäischen Sozialmodells, Friedrich-Ebert-Stiftung, Perspektive. Berlin 2012.
- Stiftung Marktwirtschaft: Die Stiftung. In: <http://www.stiftung-marktwirtschaft.de/wirtschaft/stiftung.html> (dl: 20.11.2012(a)).
- Stiftung Marktwirtschaft: Kronberger Kreis. In: <http://www.stiftung-marktwirtschaft.de/wirtschaft/kronberger-kreis.html> (dl: 20.11.2012(b)).
- Stiftung Marktwirtschaft: Ehemalige Mitglieder. In: <http://www.stiftung-marktwirtschaft.de/inhalte/kronberger-kreis/ehemalige-mitglieder.html> (Stand 23.11.2012(c)).
- Süddeutsche Zeitung: „Für Griechenland gibt es keine Hoffnung mehr“. In: Süddeutsche Zeitung vom 24.08.2012. <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/oekonom-manfred-neumann-fuer-griechenland-gibt-es-keine-hoffnung-mehr-1.1448978> (dl: 20.10.2012).
- Tagesschau (2009): Porträt des Staatssekretärs hinter dem Finanzminister: Jörg Asmussen. In: Tagesschau vom 25.03.2009. <http://www.tagesschau.de>

- de/multimedia/video/video469720.html (dl: 20.10.2012).
- Thomasberger, C.: The Strange Triumph of the Neo-Liberal Credo and its Consequences. Vortrag auf der 1st World Keynes Conference 2013 in Izmir. URL: <http://ekolider.ieu.edu.tr/keynes/files/papers.pdf> (dl: 12.1.14).
- Tichy, G.: War die Finanzkrise vorhersehbar? Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Vol. 11(4)/2010, S. 356–382
- Tillack, H.-M.: Rettungsfonds Soffin. Staat heuerte HRE-Manager an. In: Der Stern vom 01.07.2009. <http://www.stern.de/wirtschaft/news/unternehmen/rettungsfonds-soffin-staat-heuerte-hre-manager-an-704976.html> (dl: 22.12.2012).
- Union Bank of Switzerland: Curriculum Vitae Axel A. Weber. In: UBS Homepage. http://www.ubs.com/global/de/about_ubs/investor_relations/cv_weber.html (dl: 12.12.2012).
- Universität Hamburg: Bernd Lucke. <http://www.wiso.uni-hamburg.de/professuren/wachstum-und-konjunktur/team/prof-dr-bernd-lucke/curriculum-vitae/> (dl: 06.12.2012).
- Wagner, T.: Eine deutsche Tea Party: Nationalliberales Bürgerbündnis formiert sich in Berlin. In: Hintergrund vom 15.06.2012. <http://www.hintergrund.de/201206152109/politik/inland/eine-deutsche-tea-party-nationalliberales-buergerbuenndnis-formiert-sich-in-berlin.html> (dl: 20.11.2012).

WISO

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
 Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
 Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
 Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz
 Tel. ++43/732/66 92 73
 Fax ++43/732/66 92 73-28 89
 E-Mail: wiso@isw-linz.at
 Internet: www.isw-linz.at